

Erste Beratung:

Faire Arbeitsbedingungen für Leiharbeitskräfte

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/503

Ronald Schminke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grundsätzlich muss Leiharbeit nicht unanständig sein. Aber unanständige Leiharbeit hat in Deutschland leider dramatisch zugenommen. Das ist eine Feststellung.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir Sozialdemokraten wollen klare Regeln, wir wollen Fairness und gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort, meine Damen und Herren. Wenn wir die Leiharbeit als Brücke zur Stammbeslegschaft zulassen wollen, dann nur noch fair und nicht mehr prekär. Das müssen wir durchsetzen. Deshalb auch dieser Antrag!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes war neben einer verbesserten Flexibilität für die Unternehmen eigentlich auch eine Brücke für die Leiharbeiter zum Übergang in den ersten Arbeitsmarkt beabsichtigt. Das, was allerdings von vielen Unternehmen daraus gemacht wurde, ist in der Tat nicht anders als mit reiner Willkür zum Nachteil der abhängig Beschäftigten zu bezeichnen.

Die Zeitarbeitsbranche boomt. 2,4 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten im Rahmen von Zeitarbeit. Allein diese Zahl belegt, wie lukrativ das Geschäft ist. Wir müssen einschreiten, weil es jetzt höchste Zeit ist, die Reißleine zu ziehen; denn immer öfter werden gut bezahlte Arbeitsplätze in schlecht bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt. Weniger Schutz, weniger Lohn, weniger Urlaub, kein Weihnachtsgeld, keine Fort- und Weiterbildung, schlechtere Arbeitsbedingungen insgesamt, und am Ende des Arbeitslebens folgt dann auch noch weniger Rente - das, meine Damen und Herren, ist die Realität, mit der Leiharbeiter zu kämpfen haben. Dieser Kreislauf ist fatal. Daher müssen wir das schnellstens ändern.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Ich habe Ihnen in der 3. Plenarsitzung berichtet, dass hier im Hause Fliesenleger tätig waren, die nicht ordnungsgemäß bezahlt wurden. Ich will Ihnen heute noch einen weiteren Tatbestand mit auf den Weg geben, der mich ebenfalls erzürnt. Das hat zwar nichts mit Leiharbeit zu tun, ist aber ähnlich prekär und nicht in Ordnung. Ich finde es skandalös, dass hier im Portikus, im Eingangsbereich des Hauses, Leute von der Firma Plural eingesetzt werden, die nicht einmal für Frauen und Männer getrennte Umkleiden zur Verfügung haben; vielmehr muss alles in einem Raum stattfinden. Sie haben mir auch erklärt, dass es dort keine Möglichkeit gibt, sich einen Kaffee zu kochen. Heißes Wasser und ähnliche Dinge gibt es dort auch nicht. Die Arbeitsstättenverordnung sagt an anderer Stelle ganz deutlich, was eigentlich erforderlich ist. Ich meine, das muss hier im Landtag geändert werden. Das wollte ich hier an dieser Stelle auch einmal einbringen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - David McAllister [CDU]: Was sagt denn Herr Möhrmann dazu? - Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie müssen nicht so aufgeregt reagieren. Es kommt noch mehr.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Nun wieder zurück zum Thema. Wir freuen uns über rückläufige Arbeitslosenzahlen, und Ihre Frau Merkel brüstet sich mit 550 000 neuen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten innerhalb nur eines Jahres.

(Zurufe von der CDU: Das ist unsere Bundeskanzlerin! Wir sind hier nicht bei der Gewerkschaft!)

Leider sagt unsere Bundeskanzlerin nicht, dass fast jeder zweite neue Job auch ein Leiharbeiterjob ist. Das ist ein Skandal für sich.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Druck auf die Stammbeschaften steigt, je mehr Leiharbeiter eingesetzt werden. Löhne werden massiv gedrückt, und der Kündigungsschutz wird ausgehöhlt. Hier werden ganze Beschaften gespalten. Interessenvertretung ist kaum noch möglich. Das ist die andere Wahrheit, und das ist die Kehrseite, die sich hinter dem Erfolgsmodell Leiharbeit auch verbirgt, meine Damen und Herren.

Wir lernen daraus: Nicht alles ist so toll, wie es auf den ersten Blick wirkt. Daher lohnt es sich, auch einmal die Statistiken zu bemühen; denn hier wird sehr schnell klar, wie dramatisch gut bezahlte Arbeit auf der einen Seite zurückgefahren worden ist und auf der anderen Seite im gleichen Maße schlecht bezahlte Arbeit zugenommen hat. Die Zahlen sind eindeutig: Mehr als 800 000 Beschäftigte verdingen sich in Deutschland bereits heute als Leiharbeiter. Allein mehr als 78 000 Personen in Niedersachsen und Bremen - etwa ein Drittel der Leiharbeiter - sind im Dienstleistungsbereich beschäftigt.

Im Schiffbau wird unsere führende Position in Europa leichtfertig aufs Spiel gesetzt, weil von rund 32 000 Arbeitnehmern inzwischen nur noch 20 500 Arbeitnehmer fest angestellt sind. Bei der Hamburger Nordwerft, bei Blohm + Voss Repair oder Con-Mar liegt die Quote bereits bei über 30 % - mit weiter steigender Tendenz, meine Damen und Herren.

Gerne bringe ich Ihnen auch andere Beispiele; denn davon gibt es leider mehr als genug. Die IG Metall spricht Klartext - so wie ich.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Lachen bei der CDU)

Das muss so sein. Wir nennen dann auch immer Ross und Reiter. Die Firma Schmitz Cargobull in Altenberge: Auf 440 regulär Beschäftigte kommen zusätzlich 600 Leiharbeitnehmer. Wincor Nixdorf in Paderborn: 647 eigene Leute in der Produktion, 450 Leiharbeiter.

(Zuruf von der CDU: Paderborn liegt nicht in unserem Land!)

- Es geht um die Sache insgesamt. - Claas in Harsewinkel: 1 397 eigene Arbeitnehmer, 600 Leiharbeiter. Bei Nokia waren es bis zur Aufgabe des Werkes 50 % Leiharbeiter.

Meine Damen und Herren, der eigentliche Skandal besteht in dem verquerten Staatsverständnis, dass diese Leiharbeiter zu einer festen Größe in den personalwirtschaftlichen Überlegungen geworden sind. Das ist der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Mit kurzfristigen Engpässen oder krankheitsbedingten Ausfällen ist die dauerhafte Beschäftigung von einem Drittel z. B. bei BMW in Leipzig überhaupt nicht mehr zu erklären. Nein, das Ganze hat Methode. Hier findet dauerhaft und kontinuierlich eine Mischkalkulation auf dem Rücken der Leiharbeitnehmer statt. So ist es. Daher müssen wir jetzt auch reagieren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

- Herr Rolfes, es sind Großbetriebe wie Siemens, Porsche, Bosch, Airbus, Opel, Miele, die auffällig stark auf Leiharbeit setzen. Waren es 2006 noch 200 000, so arbeiten jetzt bereits mehr als 600 000 Menschen bei den Zeitarbeitsfirmen. 2010 wird nach Meinung der Wirtschaftsforscher bereits die Millionengrenze überschritten sein. Die Zahlen steigen rasant an, und es sind nicht mehr nur Ungelernte, sondern auch Schlosser, Schweißer, Journalisten, Ingenieure, Kaufleute und Programmierer. Alle Branchen sind hier vertreten. In Krankenhäusern und Altenheimen werden ganze Stammbeschaften durch Leiharbeitskräfte ersetzt. In den Harzer Nobelhotels putzen thüringische Frauen für Niedriglöhne die Hotelsuiten der Reichen. Finden Sie das noch normal? Sogar Projektarbeiten werden an Zeitarbeitsgesellschaften vergeben. Die Leute werden sofort nach Erledigung des Auftrags wieder entlassen. Solche Zustände, meine Damen und Herren, lassen keine normale Lebensplanung mehr

zu. Wir brauchen verlässliche und vor allem auskömmliche Arbeitsbedingungen. Nur das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, hire and fire ist ohne gesetzliche Hürden auch am Bau wieder möglich. Nur ein Beispiel aus der Praxis, das ich selbst erlebt habe: Drei Maler werden nach 20-jähriger Tätigkeit im Winter wegen Arbeitsmangels entlassen. Sie erhalten von der Agentur für Arbeit vier Monate Arbeitslosengeld. Im Mai werden die Leute dann zu einer Zeitarbeitsfirma geschickt. Diese Firma vermittelt die drei Maler in ihren alten Betrieb, aus dem sie gekommen sind. Nun freuen die sich, weil sie wieder mit ihren ehemaligen Kollegen zusammenarbeiten dürfen, stellen dann aber am Monatsende fest, dass eigentlich große Enttäuschung angebracht ist, weil sie nämlich für die gleiche Tätigkeit am gleichen Ort insgesamt 683 Euro weniger verdient haben - im Monat, meine Damen und Herren! Das ist eine Sauerei! So etwas kann man doch einfach nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dieses Beispiel ist kein Einzelfall, sondern solche Formen nehmen ständig zu, weil es sich natürlich auch bei den Arbeitgebern herumgesprochen hat, dass pro Stunde 3,93 Euro einzusparen sind. Jeder achte Leiharbeiter ist wegen seines geringen Einkommens als sogenannter Aufstocker auf ALG II angewiesen. In Niedersachsen und Bremen waren im Dezember 2007 etwa 7 500 Personen davon betroffen.

Sie ahnen, was jetzt kommt. Natürlich: Wer täglich acht Stunden oder sogar mehr arbeitet, der soll davon auch leben können. Das ist unsere Position. Deshalb sagen wir auch: Das ist ein Plädoyer für den Mindestlohn, und zwar einen vernünftigen Mindestlohn, der die Menschen auskömmlich versorgt, sodass auch später im Rentenalter keine Armut vorherrscht.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, was wir von solchen Beschäftigungsformen halten: Das ist ungerecht, das ist ausbeuterisch, das ist einfach menschenverachtend. So etwas wollen wir Sozialdemokraten nicht mehr zulassen. Ich sehe, dass es auch noch andere in diesem Hause gibt. Dafür bin ich dankbar.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Wir wollen die Leiharbeit nicht verbieten, aber wir wollen faire Regeln, an die sich jeder Arbeitgeber zu halten hat. Erklären Sie bitte dem erstaunten Volk, was Sie sich dabei denken, wenn Sie unter dem Motto „Der Markt regelt alles selber“ solche Dinge zulassen wollen! Die Betroffenen haben solche Zustände satt. Diese Exzesse müssen korrigiert werden.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Wie heißt denn der Bundesarbeitsminister? - Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

Wir fordern deshalb in unserem Entschließungsantrag die Landesregierung auf - jetzt müssen Sie aufpassen, Herr Rolfes - ,

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

mit einer Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass im Entleihbetrieb der Gleichbehandlungsgrundsatz in Bezug auf Löhne und Gehälter, aber eben auch in Bezug auf alle anderen Arbeitsbedingungen gilt.

(Heinz Rolfes [CDU]: Müntefering heißt der eine, Scholz heißt der andere! Unglaublich!)

Ausnahmen soll es dann nur noch geben, wenn der repräsentative Tarifvertrag eine Einarbeitungszeit explizit zulässt. Sie haben richtig vernommen: Ich rede von einem repräsentativen Tarifvertrag und nicht von einem dieser Tarifverträge, die christliche Mächteergewerkschaften abkupfern und damit für schlechtere Löhne sorgen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der Betriebsrat im Entleihbetrieb soll sein Mitbestimmungsrecht ausüben können, indem er die Festsetzung einer Quote verlangen kann. Mitbestimmung

schreiben wir ja groß, und die Arbeitnehmer sind keine rechtlosen Individuen. Ihnen muss folgerichtig auch das aktive Wahlrecht zugesprochen werden.

(Glocke der Präsidentin)

Theoretisch können Leiharbeiter nach geltendem Recht bis hin zur Verrentung Leiharbeiter sein. Auch das müssen wir ändern. Deshalb ist es auch das Ziel des Antrags, die Verleihdauer wieder auf 24 Monate zu begrenzen.

Die ungenügende Gesetzeslage wird von findigen Personalmanagern missbraucht. Da werden massenweise hauseigene Zeitarbeitsfirmen gegründet. Auch das wollen wir mit diesem Antrag verhindern.

Wir wollen nicht unterschlagen, dass es auch positive Beispiele gibt. Natürlich gibt es die. Diese positiven Beispiele werden aber immer seltener.

Wir sind mit unserem Zorn über die geschilderten Zustände nicht allein. Derzeit finden deutschlandweit sehr viele Protestaktionen statt. Oft sind es Gewerkschaften wie ver.di, IG Bau und IG Metall, oft aber auch gebeutelte Leiharbeitnehmer. Auch die IG Metall tourt derzeit mit einem Aufklärungstruck durch Deutschland. Die SPD unterstützt diese Aktionen ausdrücklich. Wir waren vor Ort und haben dort Solidarität bekundet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Schminke, einen Schlusssatz!

Ronald Schminke (SPD):

Einen Schlusssatz, Frau Präsidentin: Das Motto der Kampagne lautet „Gleiche Arbeit - Gleiches Geld - Leiharbeit fair gestalten“; exakt diese Ziele wollen wir mit diesem Antrag erreichen - Komma -, stimmen Sie zu - Komma -,

(Heiterkeit)

wenn Sie die Courage haben - Komma -, den Profiteuren endlich das Handwerk zu legen.

Schönen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)